

Guido Hausmann, Tanja Penter

Der Gebrauch der Geschichte

Ukraine 2014: Ideologie vs. Historiographie

In allen Stadien des Konflikts in der Ukraine, vom Euromajdan über die durch Russlands Annexion der Krim ausgelöste Krise bis zum Krieg im Donbass haben die Konfliktparteien auf Geschichte und Geschichtsbilder zurückgegriffen. Die einen reden von kosakischen Freiheitstraditionen, die anderen vom „Abwehrkampf gegen den Faschismus“ oder von *Novorossija*. Auf diese Weise soll Unterstützung mobilisiert, politisches und militärisches Handeln legitimiert und Identität gestiftet werden. Die Behauptungen halten einer kritischen Überprüfung allerdings nicht stand. Doch wer historische Tatsachen von Ideologie unterscheiden will, benötigt fundierte Kenntnisse. Die Disziplin Osteuropäische Geschichte hat einen enormen Nachholbedarf bei der Erforschung und Vermittlung der ukrainischen Geschichte.

Während des Konflikts und des Krieges in der Ukraine seit November 2013 nehmen Konfliktparteien und Beobachter in unterschiedlicher Form auf historische Ereignisse und Geschichtsbilder der Ukraine Bezug. Das geschieht vor allem in der Ukraine und in Russland, aber auch in den Nachbarstaaten sowie in Deutschland. Vielfach ist diese Bezugnahme auf Geschichte beliebig. Es handelt sich dabei um eine symbolische Handlung, die darauf zielt, das eigene politische Handeln zu legitimieren und Identität zu stiften.

Für professionelle Historiker ist diese Omnipräsenz geschichtlicher Bezugnahmen im aktuellen Geschehen kein Anlass zur Freude. Aufgabe der Historiker ist es vielmehr, den Gebrauch der Geschichte kritisch zu hinterfragen. Es gilt, den jeweiligen historischen Sachverhalt darzustellen und zu analysieren. Außerdem bietet sich hierdurch die Gelegenheit, jenseits der politischen Instrumentalisierung eine Forschungsagenda zu benennen, die von Themen der ukrainischen und deutsch-ukrainischen Geschichte ausgeht und die Beziehungen der Ukraine zu ihren Nachbarn und Europa einbezieht.

Guido Hausmann (1960), Dr. phil., Historiker, Professor für Osteuropäische Geschichte an der Ludwig-Maximilians Universität München

Von ihm ist zuletzt in OSTEUROPA erschienen: Die Kultur der Niederlage. Der Erste Weltkrieg und die Ukraine, in: OE, 2–4/2014, S. 127–140.

Tanja Penter (1967), Dr. phil., Historikerin, Professorin für Osteuropäische Geschichte an der Universität Heidelberg.

Von ihr ist zuletzt in OSTEUROPA erschienen: „Das Urteil des Volkes“. Der Kriegsverbrecherprozess von Krasnodar 1943, in: OE, 12/2010, S. 117–132.

Nationalgeschichte und Majdan

Seit dem Beginn der Massenproteste auf dem Kiewer Majdan Ende 2013 nahmen die Protestierenden unterschiedliche historische Symbole auf. Dazu gehörte etwa die Bezugnahme auf die mittelalterlichen städtischen „Volksversammlungen“, vor allem aber auf die freien, autonomen Kosakeneinheiten, die sich in der frühen Neuzeit an der ukrainischen Steppengrenze gebildet hatten, besonders die Zaporoger Sič.¹ Auf dem Majdan waren Darstellungen der Schutzmantel-Gottesmutter sowie kosakische Trachten (Banner und Waffen) zu sehen. Die Barrikaden sollten den befestigten frühneuzeitlichen Kosakensiedlungen ähneln. All das knüpfte an das seit den späten 1980er Jahren verbreitete Kosakenbild an.² Schutz und Freiheit der Kosaken waren als Rollenmodell auf dem Majdan allgegenwärtig.³ Auch unter Ukrainern gerät manchmal in Vergessenheit, dass die Erinnerung an die Kosakentraditionen jedoch stark belastet ist, denn der siegreiche Volksaufstand unter Bohdan Chmel’nyč’kyj gegen Polen-Litauen im Jahr 1648 war begleitet von einem schrecklichen Pogrom an der jüdischen Bevölkerung, der als erstes großes Judenmassaker in der Geschichte Osteuropas gilt.⁴ Dagegen lehnte der Majdan jede offizielle Bezugnahme auf den (als Nazi-Kollaborateur und durch seine antisemitischen Einstellungen belasteten) ukrainischen Nationalisten Stepan Bandera ab. Doch unter den Demonstranten waren einige, welche die schwarz-rote Fahne der OUN schwenkten.

Dass sich rund um den Euromajdan eine so breite und vielfältige Protestkultur entwickeln konnte, liegt jedoch kaum an der Tradition der freiheitlichen Kosakenkultur. Vielmehr hat das mit der politischen Entwicklung in der Ukraine seit 1991 zu tun, die sich von der in Belarus und Russland unterscheidet.⁵ Im Interesse von Oligarchen und politischen Interessengruppen lag es, dass die staatlichen Strukturen der Ukraine relativ schwach blieben. Infolgedessen konnte bis heute keine politische Führung in der Ukraine eine ähnlich repressive Ordnung etablieren wie das Regime unter Aljaksandr Lukašenka in Belarus oder das unter Vladimir Putin in Russland. Teile der ukrainischen politischen Elite versuchten zwar durchaus, eine repressivere Ordnung durchzusetzen, und verfügten auch über die einschlägigen Instrumente wie einen großen Geheimdienst (SBU) oder eine korrupte und hoch politisierte Justiz. Doch die Eigeninteressen von Oligarchen und Interessengruppen verhinderten die autoritäre Konsoli-

¹ Die Zaporoger Sič bezeichnet das wichtigste befestigte Lager der Dnjepr-Kosaken, das in Uferwäldern oder auf Inseln hinter den Stromschnellen des Dnjepr lag; Andreas Kappler: *Die Kosaken. Geschichte und Legenden*. München 2013. – Wilfried Jilge: *Geschichtspolitik auf dem Majdan*, in: *Zerreißprobe Ukraine: Konflikt, Krise, Krieg*. Berlin 2014 [= *OSTEUROPA*, 5–6/2014], S. 239–257, hier S. 245, 249–253.

² Jana Bürgers: *Kosakenmythos und Nationsbildung in der postsowjetischen Ukraine*, Konstanz 2006.

³ Jilge, *Geschichtspolitik* [Fn. 1].

⁴ Karsten Kumke: *Führer und Geführte bei den Zaporoger Kosaken. Struktur und Geschichte kosakischer Verbände im polnisch-litauischen Grenzland (1550–1648)*. Wiesbaden 1993. – Serhii Plokhy: *The Cossacks and Religion in Early Modern Ukraine*. Oxford 2001. – Frank E. Sysyn: *War der Chmel’nyč’kyj-Aufstand eine Revolution? Eine Charakteristik der „Großen Ukrainischen Revolte“ und der Bildung des kosakischen Het’manstaates*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas*, 1/1995, S. 1–18.

⁵ Petra Stykow: *Innenpolitische Gründe der Ukraine-Krise. Gleichzeitige Demokratisierung und Staatsbildung als Überforderung*, in: *OSTEUROPA*, 5–6/2014, S. 41–60.

dierung. Die Macht des Präsidenten wurde durch Verfassungsänderung des Jahres 2010 gestärkt, doch sie blieb begrenzt. Ebenfalls anders als in Belarus oder Russland gelang es zu keinem Zeitpunkt in den vergangenen 25 Jahren, das ukrainische Parlament, die Verchovna Rada, zu einem bloßen Ausführungsorgan präsidialer Macht zu degradieren.

Auch konnte die Zivilgesellschaft in der Ukraine eine größere Stärke entfalten als in den beiden ostslawischen Nachbarstaaten. Das hängt sehr stark mit den sozialen und gesellschaftlichen Folgen von Tschernobyl zusammen. Die Katastrophe von 1986 und die Entschädigungspolitik für Opfer haben seit Anfang der 1990er Jahre zur Bildung zivilgesellschaftlicher Strukturen in der Ukraine beigetragen. Die Kompensationsgesetze gaben den Anreiz, dass sich Tschernobyl-Opfern in zahlreichen Organisationen zusammenschlossen, um ihre Interessen zu vertreten. Die Anerkennung der Opfer war Teil der postsowjetischen ukrainischen Nationsbildung.⁶ Die Betroffenen erhielten gewisse – wenn auch höchst beschränkte – soziale Privilegien unter den harten Bedingungen des Übergangs zur Marktwirtschaft.⁷ Bereits 1991 hatte das ukrainische Parlament den sowjetischen Umgang mit der Reaktorkatastrophe als „Akt des Genozids“ qualifiziert. So bildete sich eine eigene zivilgesellschaftliche Tradition heraus, die über die Anti-Kučma-Bewegung Ende der 1990er Jahre über die Orange Revolution 2004 bis zum Euromajdan 2013/2014 reicht. Die Tradition und relative Stärke der ukrainischen Opposition war den Regimen in Belarus und Russland auch deshalb ein Dorn im Auge, weil sie den eigenen Oppositionellen als Vorbild zu dienen drohte.

Die Schwäche des ukrainischen Staates hatte aber auch zur Folge, dass die staatlichen Institutionen im Laufe der Eskalation des Konflikts in der Ukraine 2013/2014 nicht in der Lage waren, Aktivitäten zu unterdrücken, die gegen die Verfassung und gegen die territoriale Integrität des Staates gerichtet waren.⁸

Die ukrainische Nationsbildung weist einige Besonderheiten auf. In der Sowjetperiode hatte die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik insbesondere in der Nachkriegszeit einige Widerstandskräfte gegen eine Dominanz von außen entwickelt, ohne dass sich in den offiziellen Partei und Staatsstrukturen ein besonderer ukrainischer Nationalismus herausgebildet hätte. Doch in Partei, Gewerkschaften und unter den Angehörigen der Intelligenz existierte ein Interesse an einem unabhängigen Staat Ukraine, das sich 1991 Bahn brach, als die Sowjetunion erodierte und schließlich implodierte.⁹ Anders als 1918, als die Mittelmächte Deutschland und Österreich-Ungarn die ukrainische Staatsbildung zeitweilig unterstützt hatten, diese aber von Polen und Sowjetrußland erfolgreich bekämpft worden war, sowie 1941, als ein Teil der Ukrainer unklugerweise und erfolglos auf das nationalsozialistische Deutschland gesetzt hatte, gelang nach 1991 die Staatsbildung. Das lag auch daran, dass die Sowjetunion weitgehend friedlich zerfiel. Diesmal kam es weder zu einem Bürgerkrieg noch zur Einmischung externer Mächte in die Konflikte um die Verteilung des sowjetischen Erbes.

⁶ Astrid Sahn: Transformation im Schatten von Tschernobyl. Umwelt- und Energiepolitik im gesellschaftlichen Wandel von Belarus und der Ukraine. Münster 2000.

⁷ Adriana Petryna: Life Exposed. Biological Citizens after Chernobyl. Princeton, Oxford, 2003.

⁸ Nikolay Mitrokhin: Transnationale Provokation. Russische Nationalisten in der Ukraine, in: OSTEUROPA, 5–6/2014, S. 157–174.

⁹ Andreas Wittkowsky: Fünf Jahre ohne Plan. Die Ukraine 1991–96. Nationalstaatsbildung, Wirtschaft und Eliten. Hamburg 1998, S. 21–55.

Durch den Beitritt zu internationalen Organisationen sowie durch Nachbarschaftsverträge, mit denen ehemals so konfliktreiche Beziehungen wie die zu Polen entschärft wurden, konnte die ukrainische Staatsgründung gesichert werden. Die Ukrainer hatten damit Zeit, sich auf die mühsame Suche nach einem gesellschaftlichen Konsens über die eigenen politischen und kulturellen Orientierungen zu begeben. Diese Zeit ist mit der Annexion der Krim und dem Krieg in der Ostukraine beendet.

Die ukrainische Staatsbildung wurde durch Russlands Ukraine-Politik unfreiwillig von außen stabilisiert. So hatte Vladimir Putin im Jahr 2008 gegenüber dem amerikanischen Präsidenten Bush geäußert, dass die Ukraine kein wirklicher Staat sei. Zwei Jahre später gab er mit Blick auf die Ukraine zu Protokoll, Russland als „Land der Sieger“ hätte im „Großen Vaterländischen Krieg“ Hitler-Deutschland auch allein geschlagen. Die Protestbewegung des Majdan ist von diesen spezifischen politischen Traditionen nicht zu trennen. Aber keineswegs war es zwangsläufig, dass diese Bewegung entstand. Wie 2004 bei der Orangen Revolution kämpfte auch 2013/14 zunächst vor allem die studentische Jugend um ihre Zukunftschancen: gegen Rechtlosigkeit, Willkür und Korruption des Regimes von Präsident Janukovyč, gegen Oligarchen- und Cliquesherrschaft, gegen Demütigung, für die eigene Würde und für Freiheitsrechte. Soziale und politische Interessen verbanden sich schnell mit nationalem Denken und internationalen Hoffnungen, die das Assoziierungsabkommen mit der EU symbolisierte. Als Präsident Janukovyč die Unterzeichnung des Abkommens absagte, löste dies völlig unerwartet die Protestbewegung in Kiew aus.¹⁰

Ein neuer „Großer Vaterländischer Krieg“?

Je stärker die Proteste auf dem Majdan gegen die autoritäre Herrschaft Janukovyčs und dessen außenpolitische Volte Richtung Moskau wurden, desto stärker führten die russländischen Medien einen geradezu demagogischen Informationskrieg, in dem der Faschismus-Vorwurf gegen die Ukraine zur Norm wurde. Professionelle Standards der Berichterstattung gingen verloren. Der Majdan und die neue Kiewer Regierung wurden als „Faschisten“, „Neonazis“, „Russenhasser“ und „Antisemiten“ sowie als „geistige Erben Stepan Banderas“, des Führers der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN), bezeichnet.¹¹ Auch Präsident Putin verbreitete vehement und aggressiv diese Sicht. Ende August hatte Putin in einer öffentlichen Ansprache geäußert, das Vorgehen der ukrainischen Regierungstruppen im Osten des Landes erinnere ihn an die faschistischen deutschen Truppen in der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg: „Großstädte wurden eingekesselt und durch gezielten Beschuss zerstört, samt Einwohnern.“¹²

¹⁰ Dazu als Überblick: Juri Andruchowytsch. Euromaidan. Was in der Ukraine auf dem Spiel steht. Berlin 2014. – Im Namen des Volkes. Revolution und Reaktion. Berlin 2014 [= OSTEUROPA, 1/2014]. – Zerreißprobe Ukraine: Konflikt, Krise, Krieg. Berlin 2014 [= OSTEUROPA, 5–6/2014]. – Maidan. Die unerwartete Revolution. Frankfurt 2014 [= Transit, 45/2014.]

¹¹ Rede des russländischen Präsidenten Vladimir Putin am 18.3.2014 im Kreml vor den Abgeordneten der Staatsduma, den Mitgliedern des Föderationsrats, den Leitern der Regionalverwaltungen und Vertretern der Zivilgesellschaft, in: OSTEUROPA, 5–6/2014, S. 87–99.

¹² Kämpfe in der Ostukraine: Putin vergleicht ukrainische Armee mit Wehrmacht. Spiegel-online, 29.8.2014. – Putin: „Ukrainische Armee ist wie die Wehrmacht“. FAZ, 29.8.2014.

Diese Darstellung übernahmen Teile der deutschen und europäischen Öffentlichkeit. Die Aufladung des Konflikts mit Geschichtsbildern aus dem Zweiten Weltkrieg bezog sich explizit auf die OUN und ihre zeitweilige Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten. Sie führte dazu, dass die Bedeutung der rechtsextremen Partei *Swoboda* oder des „Rechten Sektor“ in der Ukraine maßlos übertrieben und als repräsentativ für den Majdan und dann sogar für den gesamten ukrainischen Staat dargestellt wurden.¹³ Der Vorwurf, dass die Kiewer Regierung faschistisch sei, diente zur Legitimation des eigenen Handelns, das damit als anti-faschistisch erscheinen sollte. Im ostukrainischen Donbass ließen sich im Frühjahr 2014 nicht wenige Menschen mit solchen Propagandaparolen und alten Propagandapostern aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges für den Kampf gegen vermeintliche „ukrainische Faschisten“ mobilisieren. Inzwischen scheint sich das Stimmungsbild der Menschen im Donbass und ihre Haltung gegenüber den Machthabern der Volksrepublik Donec’k allerdings gewandelt zu haben – die meisten wünschen sich vor allem ein schnelles Ende des Krieges.¹⁴



¹³ Dass die Führer von *Swoboda* und *Rechter Sektor* bei den Präsidentschaftswahlen am 25. Mai 2014 jeweils weniger als ein Prozent der Stimmen erhielten oder bei den Parlamentswahlen am 26.10.2014 *Swoboda* an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte, änderte nichts an der Popularität dieses pauschalen Faschismus-Vorwurfs.

¹⁴ So die Augenzeugen- und Stimmungsberichte des Donec’ker Historikers Dmytro Tytarenko, der die Verbreitung von neuaufgelegten sowjetischen Propagandaplakaten aus dem Zweiten Weltkrieg in Donec’k im Frühjahr 2014 in Fotos festgehalten hat.

Zwar ist unumstritten, dass es auch in der Ukraine Ethnonationalismus und Antisemitismus gibt. Doch es handelt sich – anders als die russländische Medienkampagne glauben machen möchte – um ein begrenztes Phänomen. Dies bestätigen Repräsentanten ukrainischer jüdischer Gemeinden und des Jüdischen Kongresses der Ukraine. So erklärte der Präsident des ukrainischen jüdischen Kongresses am 24. Februar 2014:

Insgesamt kann die Situation in Bezug auf die jüdische Gemeinschaft in der Ukraine als tolerant und friedlich bezeichnet werden, es kam zu keinen massenhaften Ausbrüchen und zu keiner Verschlimmerung des Antisemitismus in der Ukraine. [...] Ich möchte noch einmal wiederholen: Selbst in der schwierigen Zeit des zivilen Widerstands entbehren Behauptungen über schwere Fälle von Antisemitismus in der Ukraine jeglicher Grundlage!¹⁵

Historische Ahnungslosigkeit gepaart mit latentem oder offenem antisemitischem Ressentiment treibt merkwürdige Blüten. So verbreiten prorussische Propagandisten der Volksrepublik Donec'k den Kampfbegriff der „jüdischen Bandera-Anhänger“ (Žido-Banderovcy). Ursprünglich richtete er sich gegen den jüdischen Unternehmer, Oligarchen und Gouverneur von Dnipropetrovs'k Ihor Kolomojs'kyj, der die Kiewer Regierung unterstützt.

Während es einfach ist, die Absicht hinter dieser Medienkampagne zu erkennen, ist es schwieriger zu erklären, warum der Faschismusvorwurf in Russland verhängt. Hier helfen nur Hypothesen weiter: Die Vorstellung, dass die Ukrainer alle Nationalisten, Faschisten, Antisemiten und Banderevcy seien, war in der sowjetrussischen Gesellschaft seit dem Großen Vaterländischen Krieg verbreitet. Sie war ein zentraler Bestandteil der stalinistischen Geschichtspolitik der Nachkriegszeit, das Phänomen der Kollaboration in den von den Nationalsozialisten besetzten Gebieten vor allem auf „bourgeoise nicht-russische Nationalisten“ zurückzuführen. Bis heute ist die Kollaboration in Russland von russischen Historikern nicht einmal in Ansätzen erforscht.¹⁶ Dagegen haben die russländischen Staatsarchive 2012 einen umfangreichen Dokumentenband zur Rolle der ukrainischen Nationalisten im Zweiten Weltkrieg publiziert.¹⁷ Die scheinbar bereitwillige Übernahme des gegen die Ukrainer gerichteten Faschismus-Vorwurfs in Russland hat wahrscheinlich auch etwas mit der fehlenden Aufarbeitung der eigenen Kollaborationserfahrung zu tun. Ebenso wenig sind die in Russland kur-

¹⁵ <[www.ukraine-nachrichten.de/erklärung-präsidenten-ukrainischen-kongresses-situation-ukraine-3927-pressemitteilungen](http://www.ukraine-nachrichten.de/erklärung-präsidenten-ukrainischen-jüdischen-kongresses-situation-ukraine-3927-pressemitteilungen)>. – Der Euro-Asian Jewish Congress analysierte die Lage in der Ukraine im Oktober-November 2014; Anti-Semitism in Ukraine today 10.11.2014, <<http://eajc.org/page34/news48118.html>>; da heißt es u.a. wörtlich: „Im Laufe der letzten Jahre ist die Zahl antisemitischer Vorfälle in der Ukraine kontinuierlich zurückgegangen.“

¹⁶ Wenn Kollaboration in der umfangreichen Literatur zum Zweiten Weltkrieg behandelt wurde, erfüllte es oft reine Propagandazwecke und bezog sich in erster Linie auf Nicht-Russen, die als „bourgeoise Nationalisten“ stigmatisiert wurden; E.F. Krin'ko: Kollaboracionizm v SSR v gody Velikoj Otečestvennoj vojny i ego izučenie v rossijskoj istoriografii, in: Voprosy istorii, 11/2004, S. 153–164. – Zur Verfolgung von Kollaborateuren in der Nachkriegsukraine: Tanja Pentter: Local Collaborators on Trial. Soviet war crimes trials under Stalin (1943–1953), in: Cahiers du Monde russe, 2–3/2008, S. 341–364.

¹⁷ Ukrainskie nacionalističeskie organizacii v gody Vtoroj Mirovoj Vojny. Dokumenty v dvuch tomach. Moskva 2012.

sierenden Vorstellungen über einen historischen ukrainischen Faschismus, seine politischen Ziele und dessen Instrumentalisierbarkeit aufgearbeitet. Diese Vorstellungen sind lebendig, mobilisierbar und identitätsstiftend.

Die mangelnde Aufarbeitung erklärt sich auch daraus, dass der „Große Vaterländische Krieg“ bis heute eine enorm wichtige identitätsstiftende Funktion in Russland hat. Während vor allem jüngere Historiker in der Ukraine in den letzten Jahren pluralistische Forschungen zur Geschichte des Zweiten Weltkriegs, zur deutschen Besatzung, zum Holocaust und zur nationalsozialistischen Zwangsarbeit angestellt und entsprechende Studien vorgelegt haben, ist dies in Russland nicht im gleichen Maße der Fall. Auch in der Geschichtswissenschaft wirkt sich die unterschiedliche politische Entwicklung aus. Während ukrainische Historiker weitgehend frei arbeiten können, verfolgt das Putin-Regime eine autoritäre Geschichtspolitik, in deren Rahmen die Historiker zunehmend auf eine nationalpatriotische Linie festgelegt werden.

Tatsächlich hatte es vor dem Zweiten Weltkrieg und während des Krieges eine ukrainische militärische und politische Kollaboration mit dem Dritten Reich gegeben. Wichtige Gruppen der militärischen Kollaboration waren die beiden 1941 von der Wehrmacht aufgestellten Bataillone *Nachtigall* und *Roland*. Sie zählten je 300 bis 350 Mann und wurden im Herbst 1941 wieder aufgelöst; die drei Marschgruppen der OUN, die im Spätsommer 1941 von der Westukraine ins Zentrum der Ukraine zogen; die Ende 1942 gegründete Ukrainische Aufstandsarmee UPA sowie die im Laufe des Jahres 1943 gebildete freiwillige *SS-Schützendivision Galizien*, die gegen Ende des Krieges zur 1. Division der ukrainischen Nationalarmee umgebildet wurde. Daneben waren Zehntausende von Bewohnern der Ukraine (nicht nur ethnische Ukrainer, sondern auch Russen, Volksdeutsche und Angehörige anderer nationaler Minderheiten) in den Reihen der Hilfspolizei oder der lokalen Verwaltungen tätig und unterstützten das deutsche Besatzungsregime.¹⁸

Diese ukrainischen Militärverbände, aber auch Polizeikräfte und lokale Verwaltungen waren an der Ermordung von Juden und Polen beteiligt. Sie kämpften aber auch gegen deutsche Besatzer und vor allem gegen sowjetische Soldaten für einen ukrainischen Staat. Nach dem Kriegsende 1945 setzen sie diesen Kampf bis Anfang der 1950er Jahre im Untergrund fort. Personifiziert und symbolisiert wird diese Generation der

¹⁸ Einen Überblick bietet Frank Golczewski: Die Kollaboration in der Ukraine, in: Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, Bd. 19: Kooperation und Verbrechen. Formen der „Kollaboration“ im östlichen Europa 1939–1945. Göttingen 2003, S. 151–182. – Zur polizeilichen Kollaboration: Dieter Pohl: Ukrainische Hilfskräfte beim Mord an den Juden, in: G. Paul (Hg.): Die Täter der Shoah. Fanatische Nationalsozialisten oder ganz normale Deutsche? Göttingen 2002, S. 205–234. – M.C. Dean: Collaboration in the Holocaust. Crimes of the Local Police in Belorussia and Ukraine, 1941–44. New York 2000. – Zu den Lokalverwaltungen: Tanja Pentz: Die lokale Gesellschaft im Donbass unter deutscher Okkupation 1941–1943, in: Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, Bd. 19: Kooperation und Verbrechen. Formen der „Kollaboration“ im östlichen Europa 1939–1945. Göttingen 2003, S. 183–223. – M. Eikel, V. Sivaieva: City Mayors, Raion Chiefs and Village Elders in Ukraine, 1941–44: How Local Administrators Co-operated with the German Occupation Authorities, in: Contemporary European History, 3/2014, S. 405–428. Zu den Judenpogromen in Ostgalizien: Kai Struve: Tremors in the Shatterzones of Empire: Eastern Galizia in Summer 1941, in: Omer Bartov, Eric Weitz (Hg.): Shatterzone of Empires. Coexistence and Violence in The German, Habsburg, Russian, and Ottoman Borderlands, Bloomington, Indianapolis 2013, S. 463–484.

nationalistischen Kollaborateure durch Stepan Bandera (1909–1959), dem nach 1991 vor allem in der Westukraine eine Reihe von Denkmälern gewidmet wurde. Eine neue Untersuchung zeigt, dass sie vor allem in den Jahren 2011 und 2012 errichtet wurden, entweder als Reaktion auf seine Ernennung zum „Helden der Ukraine“ durch Präsident Viktor Juščenko im Jahre 2010 oder aber als Protest gegen die radikale politische Wende, die auch die Erinnerungspolitik umfasste, unter Viktor Janukovyč, der 2010 zum Präsident gewählt wurde.¹⁹

Banderas Ernennung zum „Helden der Ukraine“ verletzte nicht nur das historische Empfinden der Mehrheit der Bevölkerung in der östlichen und südlichen Ukraine, sondern kollidierte auch mit den Grundlagen der europäischen Erinnerungskultur, die sich seit den 1990er Jahren auf den Holocaust als negativen Gründungsmythos stützt. In den 1950er und 1960er Jahren gab es auf der einen Seite einen aktiven – auch ideologischen – Kampf gegen nationalistische Gruppierungen, die gegen die Sowjetordnung und die Russifizierung des Landes oder für einen ukrainischen Staat kämpften. Auf der anderen Seite stiegen loyale, vor allem russischsprachige oder russische Kader aus dem ukrainischen Parteiapparat wie Nikita S. Chruščev, Leonid I. Brežnev oder Mykola Pidhorny (russ. Nikolaj Podgornyj) wie nie zuvor im sowjetischen Parteiapparat bis ganz an die Spitze auf.²⁰

Der Faschismusvorwurf der Kriegs- und Nachkriegsjahrzehnte gegen die Ukrainer wirkt bis heute auch international nach. Es ist ein Fortschritt, dass die deutsche und europäische Öffentlichkeit einerseits gegenüber ukrainischem integralistischem Nationalismus kritisch ist, andererseits aber die politische Funktion und den instrumentellen Zweck dieses Vorwurfs etwa durch russländische Medien zunehmend durchschaut. Das Wissen der deutschen Gesellschaft und Öffentlichkeit über die Ukraine, ihre Geschichte und Gegenwart sowie über größere historische Zusammenhänge ist im zurückliegenden Jahr zwar gewachsen, doch es bleibt bruchstückhaft, von Fehlern und Stereotypen geprägt. Manche Aussagen von Politikern unterschiedlicher Couleur grenzen an eine Verweigerungshaltung, ein Land wie die Ukraine als historisches und politisches Subjekt wahrzunehmen. Der CDU-Politiker Willy Wimmer, von 1976 bis 2009 Bundestagsabgeordneter, von 1985 bis 1992 verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU Bundestagsfraktion, von 1994 bis 2000 sogar Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, hielt am 11. Juni 2014 eine Rede, in der er die Politik der EU und der USA gegenüber Russland in der sogenannten Ukraine Krise kritisierte. Dabei sagte er wörtlich:

Es gibt in Russland 25 Millionen Gründe, warum man sich mit einem Deutschen nicht mehr unterhalten können muss, wenn wir einmal an die Geschichte des Krieges denken.²¹

¹⁹ Andre Liebich, Oksana Myshlovska: Bandera: Memorialization and Commemoration, in: Nationalities Papers, 5/2014, S. 750–770.

²⁰ Borys Lewytzkij: Die Sowjetunion 1944–1963. Köln, Berlin 1964, S. 163–163. – Borys Lewytzkij: Politics and Society in Soviet Ukraine. Edmonton 1984, S. 3–7.

²¹ <www.youtube.com/watch?v=Rj5pfxWUleM>. Die aktuellen Schätzungen der sowjetischen Toten des Zweiten Weltkrieges liegen bei über 25 Millionen.

Ähnlich hatte sich zuvor der sozialdemokratische Vordenker Erhard Eppler sowie der Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) geäußert.²² Wimmer und Eppler unterschlagen nicht nur die weißrussischen, ukrainischen, jüdischen und anderen nicht-russischen Opfer des nationalsozialistischen rassistisch motivierten Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion. Dieses „bewusste Verschweigen“ lässt sich unterschiedlich interpretieren: Entweder legt es nahe, dass es die Ukrainer damals nicht gegeben hätte oder sie Kollaborateure gewesen seien, während die Russen die einzigen Verteidiger und Opfer gewesen seien. Zeigt sich hier ein politisches Denken auf Kosten der ost-mitteleuropäischen Nationen? Das scheint der Fall zu sein, denn Wimmer bezeichnet im Weiteren Russland als Deutschlands Nachbarn, nicht aber Polen. Er bezieht sich positiv auf Metternich und Zar Aleksandr I. als Initiatoren der Heiligen Allianz von 1815, die er damit zu Stiftern einer europäischen Friedensordnung adelt. Diese Aussage ist nicht nur falsch, sondern hat wichtige politische Implikationen, die nicht unwidersprochen bleiben dürfen.

Bis heute haben es die Ukrainer nicht geschafft, ihre Millionen von Kriegsopfern in der europäischen Erinnerungskultur zu verankern. Daran haben weder Bestseller wie Timothy Snyders Darstellung *Bloodlands* noch das letzte deutsche Entschädigungsprogramm für Zwangsarbeiter etwas geändert, das einen Hinweis darauf bot, wie stark die Ukraine unter dem Krieg und der Besatzung zu leiden hatte.²³

Historische Regionen und die Föderalisierungsfrage

Die Ukraine ist nach Art. 2 ihrer Verfassung vom 28. Juni 1996 ein Einheitsstaat. Art. 10 legt zudem die ukrainische Sprache als alleinige Amtssprache fest. Die Verwaltungs- bzw. Gebietsgrenzen spiegeln den historisch gewachsenen, vielfältigen und gewandelten Charakter der Regionen der Ukraine nicht wider. Über die Geschichte der historischen Regionen der Ukraine wissen wir, vielleicht mit Ausnahme von Ostgalizien und der Bukowina, die in den beiden letzten Jahrzehnten historisch erforscht wurden, recht wenig, auch nicht über ihre Entwicklung seit 1991 und den Regionalismus in der Ukraine.²⁴ Das ist zu bedauern, weil wir deshalb auch wenig über die spe-

²² Erhard Eppler: Putin, der Mann fürs Böse. Süddeutsche Zeitung, 11.3.2014.

²³ In der Ukraine erhielten über 465 000 Opfer ehemaliger Zwangsarbeiter eine Auszahlung, in Russland 227 000 und 119 000 in Belarus. Dazu Julia Landau: „Es ist unzulässig, dass die Worte der Entschuldigung nur an den Grabsteinen erklingen“. Zwangsarbeiterentschädigung in der Ukraine und der Republik Moldau; Tanja Penter: Die belarussische Stiftung „Verständigung und Aussöhnung“. Zwangsarbeiterentschädigung im Schatten der Lukašenka-Herrschaft; Tanja Penter: Zwischen Misstrauen, Marginalität und Missverständnissen. Zwangsarbeiterentschädigung in Russland, Litauen und Lettland in: Constantin Goschler (Hg.): Die Entschädigung von NS-Zwangsarbeit am Anfang des 21. Jahrhunderts, Bd. 4: Helden, Opfer, Ostarbeiter. Das Auszahlungsprogramm in der ehemaligen Sowjetunion. Göttingen 2012, hier S. 7–103 und 104–193, 194–280.

²⁴ Mykola Rjabčuk: Dezentralisierung und Subsidiarität. Wider die Föderalisierung à la russe, in: OSTEUROPA, 5–6/2014, S. 217–225. – Wichtige historische Studien sind Vladimir V. Kravčenko: Char'kov/Charkiv: stolica Pogranič'ja. Vil'nius 2010. – Rainer Lindner: Unternehmer und Stadt in der Ukraine, 1860–1914: Industrialisierung und soziale Kommunikation im südlichen Zarenreich. Konstanz 2006. – Ricarda Vulpius: Nationalisierung der Religion. Russifizierungspolitik und ukrainische Nationsbildung 1860–1920. Wiesbaden 2005. –

zifischen regionalen Vorstellungen der jeweiligen Ukrainer, über regionale Abgrenzungen, interregionale und transnationale Verbindungen wissen.

Die aktuelle Frage nach der Föderalisierung der Ukraine ist aber ein beliebter Gedanke, der vor allem aus Russland in die aktuelle Diskussion der Ukraine hineingetragen wird. Allerdings findet er auch in den Regionen unterschiedlichen Anklang. Eine besonders starke regionale Identität besteht im ostukrainischen Kohlenrevier des Donbass. Hier reifte vor allem während der forcierten Industrialisierung unter Stalin, als die Region einen enormen wirtschaftlichen Aufschwung vollzog und zu einer Vorzeigeregion des sozialistischen Aufbaus aufstieg, die Vorstellung von einer Sonderrolle des Donbass.²⁵ Das Sonderbewusstsein wurde auch durch spezifische Praktiken des sozialistischen Wettbewerbs wie Produktionswettbewerbe zwischen verschiedenen sowjetischen Bergbauregionen gefestigt.

Bis heute identifizieren sich viele Bewohner des Donbass eher mit diesen regionalen Traditionen. Sie hegen eine gewisse Nostalgie für die Situation in der Sowjetzeit, als die Region blühte. Unterdessen ist sie aufgrund gravierender Modernisierungsdefizite zu einer Region geworden, die auf Zuschüsse aus dem nationalen Haushalt angewiesen ist. Ob die Menschen ihre Identität aus ihrer nationalen, regionalen oder lokalen Zugehörigkeit bilden, ist viel komplizierter als häufig vorgestellt. Auch die viel thematisierte Sprachenfrage hat im Donbass viel stärker eine symbolische als eine praktische Bedeutung. Im Kern geht es vor allem um kulturelle Freiheitsrechte und um die Anerkennung einer historischen Sonderrolle der Region.

Im ukrainischen politischen Denken ist der Föderalismusgedanke aus historischen Gründen schwer beschädigt. Als nach der Oktoberrevolution das ukrainische Vorparlament, die Zentralrada, im Januar 1918 in dem berühmten Vierten Universal die staatliche Unabhängigkeit der Ukraine proklamierte, die Mittelmächte den ukrainischen Staat in Brest-Litowsk anerkannten und militärischen Schutz gegen die von Osten vorrückende Rote Armee gegen die Lieferung von Lebensmitteln für die hungernde Zivilbevölkerung in Österreich-Ungarn und im Deutschen Reich versprachen, bildeten sich im Osten und im Süden autonome Herrschaftsgebilde: die Sowjetrepubliken Charkiv, Donec'k-Kryvyj-Rih, Odesa (als sogenannte freie Stadt, dann als Sowjetrepublik), später auch die Krim. Im Westen verlor die Ukrainische Volksrepublik auf militärischem Wege Ostgalizien und Westwolhynien an Polen sowie die Bukowina an

Cornelia Schenke: *Nationalstaat und die nationale Frage: Polen und die Ukrainer 1921–1939*. München 2004 (über Wolhynien). – Außerdem gibt es einige gute Publikationen über einzelne ethnische Gruppen sowie einzelne Städte. – Andreas Kappeler (Hg.): *Die Ukraine. Prozesse der Nationsbildung*. Köln et al. 2011. Zur Konstruktion kleinrussischer Identität im ausgehenden 19. Jahrhundert: Faith Hillis, *Children of Rus': Right-Bank Ukraine and the Invention of a Russian Nation*. Ithaca, NY. 2013. – Zu Galizien: Kai Struve: *Bauern und Nation in Galizien. Über Zugehörigkeit und soziale Emanzipation im 19. Jahrhundert*. Göttingen 2005. – Anna Veronika Wendland: *Die Russophilen in Galizien. Ukrainische Konservative zwischen Österreich und Rußland, 1848–1915*. Wien u.a 2001. – Kerstin S. Jobst: *Die Perle des Imperiums: der russische Krim-Diskurs*. Konstanz 2007. – Neue Erkenntnisse über die Regionen verspricht das von Ulrich Schmid (St. Gallen) geleitete Forschungsprojekt „Region, Nation, and Beyond. An Interdisciplinary and Transcultural Reconceptualization of Ukraine“.

²⁵ Hiroaki Kuromiya: *Freedom and Terror in the Donbas. A Ukrainian-Russian Borderland 1870s–1990s*. Cambridge 1998. – Tanja Pentter: *Kohle für Stalin und Hitler. Arbeiten und Leben im Donbass 1929 bis 1953*. Essen 2010.

Rumänien. In der historischen Erfahrung der Ukraine gehören Föderalisierung und gewaltsame territoriale Eingriffe von außen daher zusammen.

Auch beim Zerfall der Sowjetunion 1989–1991 forderten regionale Bewegungen in der Ukraine Autonomie oder gar mehr. Einige wurden von Russland aus unterstützt oder suchten Unterstützung in Russland. In Odesa zum Beispiel gab es Hoffnungen auf den Status eines Freihafens oder einer Freistadt. Kleine, antiukrainisch oder regional orientierte Gruppen verfolgten damals bereits Pläne zur Bildung eines Neurussland.²⁶ 2004 kam es erneut zu regionalistischen Bewegungen. In Charkiv und Donec'k wurden Bestrebungen laut, sich politisch von der Ukraine abzuspalten. Diese stießen beim damaligen Moskauer Bürgermeister Jurij Lužkov auf Unterstützung. Beide Male handelte es sich jedoch eher um Elitenphänomene, die kaum auf gesellschaftliche Unterstützung trafen.

Insofern stehen die Ereignisse dieses Jahres in der Ostukraine einerseits in einer gewissen Tradition. Andererseits hat die neue Regierung in Kiew im Frühjahr 2014 wenig für die Integration der östlichen und südöstlichen Gebiete in die neue Ukraine getan. Nach der Implosion der *Partei der Regionen* fehlt es – sieht man von den weiter aktiven Oligarchen ab – an einer authentischen Interessenvertretung. Vor Ort konnten so autonome Gruppen und Einzelpersonen, die wenig zu verlieren hatten und kaum zu kontrollieren waren, mit Helfershelfern aus Russland an Einfluss gewinnen.

Einer von ihnen war Pavel Gubarev, Absolvent der historischen Fakultät der Universität Donec'k. Seit März 2014 ist er selbsternannter Volksgouverneur von Donec'k. Er gab die Strategie aus, im Osten und Süden der Ukraine „Republiken“ zu bilden, was in die Gründung von Novorossija (Neurussland) in zeitgenössischer Gestalt münden sollte. Im April 2014 griff Russlands Präsident Putin diesen historischen Begriff aus dem 18. Jahrhundert auf.²⁷

Er weckte damit die Assoziation eines expansiven, militärisch und ökonomisch erfolgreichen, mächtigen imperialen Russland. Dabei hatte das historische *Novorossija* im 18. und 19. Jahrhundert gar keinen besonderen russischen Charakter. Neben ukrainischen Bauern und Kosaken aus den sich nördlich anschließenden Gebieten sowie russischen Bauern ließen sich hier auf dem Land und in den Städten viele Deutsche, Schweizer, Bulgaren, Griechen, Armenier, Juden und andere nieder, angeworben durch Katharina II. und Zar Aleksandr I.²⁸ In der Sowjetunion wurde der Begriff *Novorossija* als imperial abgelehnt, man sprach jetzt von der Südukraine (ohne die Krim). Durch den Holocaust und die Vertreibung von Angehörigen nichtrussischer

²⁶ Guido Hausmann: Odessa. Eine Stadt vor ihrem zweihundertsten Geburtstag, in: OSTEUROPA, 4/1991, S. 381–392, hier v.a. S. 390.

²⁷ Putin brachte den Neurussland-Begriff bei einem Fernsehinterview im April 2014 in die Diskussion. Nach Putins Definition zählten neben den Gebieten Donec'k und Luhans'k auch Charkiv, Cherson, Mykolaiv und Odesa dazu, also insgesamt ein Gebiet mit rund 14 Millionen Einwohnern. Diese Territorien seien im Zuge der Gründung der Sowjetunion – „Gott weiß warum“ – der Ukraine „übergeben“ worden. – Großmacht-Gelüste: Das ist Putins Neurussland. Spiegel-online, 15.9.2014. – Putins Traum von „Neurussland“. Süddeutsche Zeitung, 29.8.2014.

²⁸ Terry Martin: The Empire's New Frontiers: New Russia's Path from Frontier to Okraina 1774–1920, in: Russian History, 1–4/1992, S. 181–201. – Patricia Herlihy: Odessa. A History 1794–1914. Cambridge, Mass. 1986. – Guido Hausmann: Universität und städtische Gesellschaft in Odessa, 1865–1917. Stuttgart 1998.

und nichtukrainischer Nationalitäten wie der Krimtataren oder Deutschen erhielt die Region einen anderen, stärker ukrainischen Charakter.

Die südliche und auch die südöstliche Ukraine unterscheiden sich heute fundamental von den Gebieten, die im 18. und 19. Jahrhundert als „Neurussland“ bezeichnet wurden. Selbst Städte wie Odesa/Odessa, das administrative Zentrum Neurusslands im 19. Jahrhundert, deren Geschichte und Kultur eher russisch und jüdisch geprägt waren, sind in den vergangenen Jahrzehnten stärker ukrainisch geworden. Der historische Bezug auf den Begriff *Novorossija* ist deshalb willkürlich und vor allem politisch gewählt – er ist gegen die Ukraine gerichtet. Denn parallel zur Schaffung eines „Neurussland“ (1764) ließ Katharina II. das autonome ukrainische Herrschaftsgebilde, das Hetmanat, zerstören. Wenig später löste sie auch die autonome Kosakenskič (1775) auf. Beides waren frühneuzeitliche Herrschaftsbildungen, welche die Traditionen ukrainischer Staatlichkeit repräsentierten, aber durch die imperiale Staatsbildung Russlands abgebrochen wurden.

Forschungsagenda

Geschichte und Geschichtsbilder wurden 2014 in der Ukraine und in Russland als normativ aufgeladene kulturelle Ressource eingesetzt, um politisches und militärisches Handeln zu legitimieren. Die starke, ja überstarke Präsenz von Geschichte verweist auf einen Mangel an demokratischer Legitimation bzw. auf einen Mangel an öffentlicher Auseinandersetzung um das richtige politische Handeln. Die historischen Beziehungen und Bilder aus unterschiedlichen Perioden wurden beliebig eingesetzt, abhängig von ihrem jeweiligen politischen Nutzen. Nicht alle Akteure nutzen Geschichte als Ressource gleichermaßen. Die ukrainischen und russischen Kämpfer/ Gewalttäter vor Ort nutzten sie, vor allem aber der russländische Staat und die von ihm kontrollierten Massenmedien. Deutlich weniger setzten bisher der ukrainische Staat und seine neuen Repräsentanten Geschichtspolitik ein. Ehemalige Präsidenten wie Viktor Juščenko hatten dagegen zuvor massiv Geschichtspolitik etwa mit dem Holocaust oder mit der Erinnerung an Stepan Bandera betrieben.

Ukrainische, deutsche und internationale Historikerinnen und Historiker sind gefordert, sich in die Diskussion einzuschalten, die verbreiteten Geschichtsbilder zu dekonstruieren und eine Forschungsagenda zu formulieren, um die historischen Kenntnisse über die Ukraine, die ukrainisch-deutsche Verflechtungsgeschichte und andere zu verbessern. Hoffnung auf eine Verbesserung der Situation macht die Tatsache, dass kürzlich beim Verband der Historikerinnen und Historiker Deutschlands e.V. ein deutsch-ukrainischer Ausschuss gegründet wurde. Er könnte einen Beitrag zur Institutionalisierung der historischen Forschung über die ukrainisch-deutschen Beziehungen darstellen.

Das heißt nicht, dass es in den letzten Jahrzehnten keine historische Forschung über die Ukraine und die Menschen in diesem Raum gegeben habe. In Deutschland haben Andreas Kappeler, Frank Golczewski und Gerhard Simon grundlegende Forschungen durchgeführt und Werke verfasst. Es gibt hervorragende Monographien und Sammelwerke.²⁹ Doch sind wir noch weit von einer systematischen Kenntnis der ukrainischen

²⁹ Georgiy Kasianov, Philipp Ther (Hg.): *A Laboratory of Transnational History. Ukraine and Recent Ukrainian Historiography*. Budapest, New York 2009. – Mark von Ha-

Geschichte entfernt. Im Vergleich zur Geschichte Russlands oder Polens fällt auf, dass methodisch und theoretisch innovative Publikationen zu vielen Themen weitgehend fehlen.

Über Ukrainer in Deutschland im 20. und frühen 21. Jahrhundert sind wir kaum informiert. Das gilt auch für ihre kulturellen, politischen und institutionellen Aktivitäten wie etwa das 1926 in Berlin eröffnete *Ukrainische Wissenschaftliche Institut* oder die *Ukrainische Freie Universität* in München nach dem Zweiten Weltkrieg einschließlich der internationalen Verflechtung mit den Ukrainern und ukrainischen Institutionen in Kanada und den USA.³⁰

Zwar liegen einige Forschungsarbeiten über die politischen Beziehungen im 20. und 21. Jahrhundert vor, vor allem über die politische Anerkennung des ersten ukrainischen Staates durch die Mittelmächte Deutschland und Österreich-Ungarn und die folgende Besatzung der Ukraine im Jahr 1918 sowie über den Staatsbildungsversuch von 1941. Aber diese Beziehungen sind der breiteren Öffentlichkeit unbekannt, obwohl sie wichtige Hintergründe für die aktuelle deutsche Politik gegenüber der Ukraine und auch gegenüber Russland bilden. Sie können und müssen in andere Perspektiven gerückt werden, etwa mit Hilfe von Ansätzen der neuen Diplomatie- oder Politikgeschichte.

In der ukrainischen, aber auch in der westlichen historischen Forschung über den Ersten Weltkrieg wurden die ukrainischen Siedlungsgebiete und die Front in Ostgalizien bisher kaum berücksichtigt. Über die Soldaten aus den ukrainischen Siedlungsgebieten, die Front und den Wandel des Hinterlandes in eine Heimatfront, die Kriegsgesellschaft, Gewalterfahrungen und Überlebensstrategien von 1914 bis 1917 wissen wir kaum etwas, mehr dafür inzwischen über die Politisierung- und die Nationsbildung am Ende des Krieges.³¹

Die vergleichsweise umfangreichen Forschungen zur Revolution von 1917 und zum gescheiterten Staatsgründungsversuch in der Ukraine konzentrieren sich nahezu ausschließlich auf die nationale Revolution. Im Zentrum dieser Arbeiten steht die Beschäftigung mit der politischen Geschichte der nationalen Institutionen und der

gen u.a. (Hg.): *Culture, Nation, and Identity: The Ukrainian-Russian Encounter (1600–1945)*. Toronto u.a. 2003. – Andreas Kappeler: *Russland und die Ukraine. Verflochtene Biographien und Geschichten*. Wien u.a. 2012. – Die beste Darstellung der Ukraine im 20. Jahrhundert ist Serhy Yekelchuk: *Ukraine. Birth of a Nation*. Oxford 2007. – Andreas Kappeler: *Kleine Geschichte der Ukraine*. 4., überarbeitete und aktualisierte Auflage. München 2014. – Kerstin S. Jobst: *Geschichte der Ukraine*. Stuttgart 2010.

³⁰ Frank Golczewski: *Deutsche und Ukrainer 1914–1939*. Paderborn 2010, S. 520–546. – Carsten Kumke: *Das Ukrainische Wissenschaftliche Institut in Berlin zwischen Politik und Wirtschaft*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas*, 2/1995, S. 218–253.

³¹ Bernhard Bachinger, Wolfram Dornik (Hg.): *Jenseits des Schützengrabens. Der Erste Weltkrieg im Osten: Erfahrung-Wahrnehmung-Kontext*. Innsbruck et al. 2013. – Alfred Eisfeld, Guido Hausmann, Dietmar Neutatz (Hg.): *Besetzt, interniert, deportiert. Der Erste Weltkrieg und die deutsche, jüdische, polnische und ukrainische Zivilbevölkerung im östlichen Europa*. Essen 2013 (vor allem den Beitrag von Ljubov' Žvanko über das Flüchtlingswesen, ein Thema, über das die Autorin inzwischen auch eine Monographie in ukrainischer Sprache vorgelegt hat). – Mark von Hagen: *War in a European Borderland: Occupations and Occupation Plans in Galicia and Ukraine, 1914–1918*. Seattle 2007. – Guido Hausmann: *Die Kultur der Niederlage. Der Erste Weltkrieg und die Ukraine*, in: *Totentanz. Der Erste Weltkrieg im Osten Europas* Berlin 2014 [= *OSTEUROPA*, 2–4/2014], S.127–140. – Felix Schnell: *Räume des Schreckens: Gewalträume und Gruppenmilitanz in der Ukraine, 1905–1933*. Hamburg 2012.

Staatsgründung. Während sich die meisten Arbeiten auf die Ereignisse in der ukrainischen Hauptstadt Kiew konzentrierten, mangelt es an Regional- und Lokalstudien. Diese Sichtweise der Ereignisse grenzt sich jedoch von der Sowjethistoriographie ab, welche die Revolution in der Ukraine ausschließlich als Kampf sozialer Klassen und damit als Teil der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“ Russlands verstand. Es mangelt immer noch an synthetischen Darstellungen, die nationale und soziale Faktoren und Entwicklungen des Revolutionsjahres in ihrer Abhängigkeit und Verflechtung betrachten.³²

Derartige integrative Ansätze zu testen, ist eine Herausforderung für künftige ukrainischen Historikerinnen und Historiker: Nach der Erlangung der Unabhängigkeit der Ukraine widmete sich die Geschichtsschreibung zunächst der Revision der sowjetischen Historiographie. Die Konzentration lag auf Fragen der ukrainischen Nations- und Staatsbildung. Nun muss die ukrainische Historiographie integrative Perspektiven jenseits des „nationalen Paradigmas“ finden. Es gilt die Nationalismusforschung stärker mit der Sozial- und Alltagsgeschichte zu verbinden, andere Traditionsbestände der ukrainischen Geschichte sowie historische Erfahrungen der Menschen aus den verschiedenen Regionen der Ost-, Zentral- und Westukraine zu berücksichtigen. Dies würde auch wegführen von einer „Defizit-Geschichtsschreibung“, die immer nur auf die im Vergleich zu Westeuropa verspätete, unvollkommene oder gescheiterte Nations- und Staatsbildung verweist.

Die deutschsprachige Stalinismusforschung hat in den letzten 20–25 Jahren durch hervorragende Arbeiten unser Wissen über den Stalinismus erheblich verbessert. Allerdings griff sie kaum Themen der ukrainischen Geschichte auf. Bis heute gibt es keine grundlegenden neueren Arbeiten zur „stalinistische Elite“ in den sowjetukrainischen Partei- und Staatsorganen der 1930er Jahre. Die Hungersnot der Jahre 1932/33 gilt zwar als größtes Einzelverbrechen des Stalinismus, doch hat die deutsche historische Forschung bisher keinen substantiellen (monographischen) Beitrag zur Erforschung des Holodomor mit seinen mindestens 3,5 Millionen Opfern in der Ukraine geleistet.³³ Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass geradewegs um den Holodomor herum geforscht wurde, ohne dass die Ursachen dieser „Berührungsangst“ debattiert worden wären. Dabei waren Ursachen, Praktiken und Erfahrungen der Gewalt gerade eine bevorzugte Perspektive der neueren Stalinismusforschung. Die vielfältigen und sich überlagernden Gewalterfahrungen der 1930er und 1940er Jahre haben bis heute eine spürbare Bedeutung für die Ukraine.

Obwohl einige wegweisende Arbeiten vorliegen, stellt die Geschichte der Ukraine im Zweiten Weltkrieg nach wie vor ein enormes Forschungsdesiderat dar.³⁴ Hier geht es

³² Derartige integrierende Perspektiven auf die Revolution im regionalen und lokalen Raum bieten: Tanja Penter: *Odessa 1917. Revolution an der Peripherie*. Köln, Wien 2000. – Mark Baker: *Peasants, Power, and Place: Revolution in the Villages of Kharkiv Province, 1914–1921*. Cambridge (Mass.), London 2015.

³³ Die beste vorliegende Publikation ist: Gerhard Simon, Rudolf A. Mark: *Vernichtung durch Hunger. Der Holodomor in der Ukraine und der UdSSR*. Berlin 2004 [= OSTEUROPA, 12/2004].

³⁴ Dieter Pohl, *Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens*. München 1996. – Ders.: *Die Herrschaft der Wehrmacht. Deutsche Militärbesatzung und einheimische Bevölkerung in der Sowjetunion 1941–1944*. München 2008. – Karel C. Berkhoff, *Harvest of Despair. Life and Death in Ukraine under Nazi Rule*. Cambridge, Mass. 2004. – *Erfahrungen der Ukraine im Stalinis-*

darum, das breite Spektrum unterschiedlicher Kriegserfahrungen analytisch zusammenzuführen. Dies impliziert erstens, die Bedeutung des Zweiten Weltkriegs für die Ukrainer nicht primär aus der Perspektive der Nations- und Staatsbildung zu betrachten, sondern andere Aspekte der Kriegs- und Besatzungserfahrung, die der Großteil der Bevölkerung der Ukraine teilte, stärker in den Blick zu nehmen; etwa der Arbeitseinsatz für die Besatzer oder die Zwangsdeportationen ins nationalsozialistische Deutschland. Das würde die Bedeutung der Sozial- und Alltagsgeschichte stärken.

Zweitens erscheint es sinnvoll, bei der Untersuchung der Kriegs- und Besatzungszeit auch die unterschiedlichen Vorkriegserfahrungen der Bevölkerung stärker zu berücksichtigen und auf diesem Wege die bisher weitgehend unverbundenen Forschungsfelder zum Nationalsozialismus und zum Stalinismus stärker miteinander zu verknüpfen sowie die Erfahrungen der Ukrainer in Polen, Rumänien und der Tschechoslowakei in der Zwischenkriegszeit stärker einzubeziehen.

Drittens scheint die bisher in der Geschichtswissenschaft dominierende separate Betrachtung von Nationalismus, Kollaboration, Anpassung oder Widerstand den komplexen und widersprüchlichen Kriegsbiographien der Menschen nicht angemessen zu sein. Nicht selten gingen diese Phänomene bei einzelnen Menschen ineinander über oder traten gleichzeitig auf. Täter konnten wenig später Opfer werden. Die von den Historikern vorgenommenen Trennlinien decken sich also nicht mit den realen Erfahrungen der Angehörigen der Kriegsgeneration.

Viertens ist es auch zur Erforschung der deutschen Besatzungsverbrechen geboten, unterschiedliche Perspektiven und methodische Ansätze zu integrieren. So sollte der Holocaust stärker in den Zusammenhang mit weiteren Besatzungsverbrechen wie der Ermordung der sowjetischen Kriegsgefangenen, der Politik der verbrannten Dörfer, den „ethnischen Säuberungen“ oder der Zwangsarbeit eingebettet werden. Denn die Bevölkerung erfuhr die deutschen Verbrechen als Gesamtheit. Das machen Interviews mit Zeitzeugen immer wieder deutlich. Die kritische Einbeziehung von Selbstzeugnissen kann neue Einblicke in die subjektive Wahrnehmungs- und Erfahrungsgeschichte von Stalinismus und Krieg schaffen, die in Westeuropa bisher kaum bekannt ist.

Die sowjetukrainische Gesellschaft nach 1945 kommt in der vorliegenden deutschsprachigen Fachliteratur praktisch bislang nicht vor.³⁵ Sie ist auch in der englisch- und ukrainischsprachigen historischen Forschung ein Desiderat. Am ehesten gibt es noch Arbeiten über den ukrainischen Dissens und das Reaktorunglück in Tschernobyl, seine Ursachen und Folgen. Wer etwa eine Geschichte des Wandels in den späten 1980er Jahren, des Kollapses des Sowjetsystems oder der staatlichen Unabhängigkeit der Ukraine verfassen möchte, kann kaum an Vorarbeiten anknüpfen. Um dies zu ändern, wären sozial-, alltags- und wirtschaftsgeschichtliche Studien nötig. Hier könnte der Frage nach der Loyalität der Menschen zum sowjetischen Staat nachgegangen werden, die vermutlich sehr viel größer war als im Rückblick angenommen. Außerdem ließen sich so Kontinuitäten und Brüche zwischen der spätsowjetischen und der post-sowjetischen ukrainischen Gesellschaft rekonstruieren und die Erinnerung an den Kommunismus in der heutigen ukrainischen Gesellschaft empirisch fassen.

mus und unter nationalsozialistischer Herrschaft verknüpft: Timothy Snyder: *Bloodlands. Europa zwischen Hitler und Stalin*. München 2011. – Penter, Kohle [Fn. 25].

³⁵ Eine Ausnahme ist: Katrin Boeckh: *Stalinismus in der Ukraine. Die Rekonstruktion des sowjetischen Systems nach dem Zweiten Weltkrieg*. Wiesbaden 2007.

Ganze Themenfelder der Geschichte des 20. Jahrhunderts sind nur bruchstückhaft erforscht. Das gilt für die Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, die Stadtgeschichte und Urbanisierungsfragen. Eine Ausnahme stellen die Arbeiten über L'viv dar. Das Dorf und die ländliche Gesellschaft, Religion und kulturelle Selbstverortung, die Geschlechtergeschichte und nicht zuletzt die Rolle der Sowjetukraine im Systemkonflikt. Biographische Studien und die Untersuchung autobiographischer Zeugnisse fehlen weitgehend. Sie könnten aber vielfältige Brüche und Wandel auf plastische Weise zeigen und der sowjetischen und postsowjetischen Ukraine Gesichter und Erzählungen verleihen.

Dann könnte die Sowjetukraine auch fundierter in größere ostmitteleuropäische oder russische und sowjetische Zusammenhänge gestellt und gefragt werden, ob die aktuelle Entwicklung der Ukraine an den längeren politischen Emanzipationsprozess der ostmitteleuropäischen Nationen und Staaten anknüpft, der gegen die benachbarten Großmächte oder Imperien gerichtet war und ist.³⁶ Die Sowjetukraine wäre dann als imperiale Peripherie, Grenzregion und/oder europäische Peripherie mit einem eigenen Entwicklungsweg zu untersuchen. Dies könnte einen Beitrag zum besseren analytischen Verständnis solcher Peripherien oder Grenzregionen leisten, die auch eine erinnerungskulturelle Dimension haben.³⁷ Vorarbeiten für die Zeit vor 1917/18 liegen vor. Dass für eine größere Perspektive auch die Geschichte der ukrainischen Länder vor 1917/18 neu in den Blick genommen werden muss, versteht sich von selbst.

³⁶ Piotr S. Wandycz: Die Großmächte und Ostmitteleuropa vom Berliner Kongreß bis zum Fall der Berliner Mauer, 1878–1989. Leipzig 2006. – Anna Veronika Wendland: The Russian Empire and its Western Borderlands: National Historiographies and their „Others“ in Russia, the Baltics, and Ukraine, in: Stefan Berger, Chris Lorenz (Hg.): The Contested Nation. Ethnicity, Class, Religion and Gender in National Histories. Basingstoke, New York 2008, S. 405–441.

³⁷ Martin Aust: Polen und Russland im Streit um die Ukraine: konkurrierende Erinnerungen an die Kriege des 17. Jahrhunderts in den Jahren 1934 bis 2006. Wiesbaden 2009. – Guido Hausmann: Poltava 2009: Deimperializing an Imperial Site of Memory, in: Harvard Ukrainian Studies, 1–4/2009/2010, S. 657–677.